



## Die Schotten bleiben dicht!?

### EU-Freizügigkeit darf nicht länger eingeschränkt werden

Pünktlich zum fünfjährigen Jubiläum der EU-Osterweiterung haben die Regierungen Berlins und Wiens angekündigt, den Zugang für Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern des Jahres 2004 (Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien und die Slowakei) bis 2011 weiterhin zu beschränken. Damit stehen beide Länder isoliert da, denn die anderen europäischen Staaten haben längst den gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt realisiert. Auch Belgien und Dänemark haben soeben die letzten Beschränkungen für die neuen EU-Bürger aufgehoben. Angesichts der Tatsache, dass diejenigen Staaten, die frühzeitig ihre Arbeitsmärkte für osteuropäische Zuwanderer geöffnet haben, davon bis heute klar profitieren, droht die nochmalige Beschränkung der Freizügigkeit zum wirtschaftspolitischen Eigentor zu werden.

Zu Recht ist in der Europäischen Union Unruhe über diese Politik entstanden. EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla forderte beide Länder zur vollständigen Öffnung ihrer Arbeitsmärkte auf, und auch die tschechische EU-Ratspräsidentschaft kritisierte deren restriktive Arbeitsmarktpolitik scharf. Allein letzteres zeigt, dass Verweise auf die Gefahren eines Brain-Drains für die Herkunftsländer von osteuropäischen Arbeitsmigranten der Grundlage entbehren. Auch belegen die bisherigen Erfahrungen in der EU, dass die Öffnung weder eine Massenmigration an zuwandernden Sozialhilfeempfängern noch an unqualifizierten Arbeitnehmern verursacht hat. Die demonstrative Schotten-dicht-Politik Österreichs und Deutschlands schadet letztlich den Volkswirtschaften beider Länder. Was nützt es, wenn etwa die deutsche Politik einerseits geräuschlos eine sinnvolle Regelung zur unbürokratischen Arbeitsgenehmigung auch für hochqualifizierte Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten trifft, andererseits aber lautstark ganz andere Signale geschlossener Tore nach außen sendet? So wird man keine Fachkräfte für den deutschen Arbeits-

markt gewinnen, sondern sie werden sich auch weiterhin für andere Zielländer entscheiden. Das Qualifikationsniveau osteuropäischer Zuwanderer in Deutschland hat nicht von ungefähr in den letzten Jahren abgenommen.

Insbesondere die Entscheidung der größten Volkswirtschaft der EU für die Fortsetzung der Abschottungspolitik gegenüber osteuropäischen Arbeitsmigranten ist ein protektionistischer Akt, der nicht nur zu normalen Zeiten ein Schlag ins Gesicht für eine Strategie offener europäischer Märkte wäre. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist eine solche Politik besonders kurzfristig. Arbeitskräftemobilität ist ein wichtiges Instrument zur Krisenbewältigung. Die Wirtschaftskrise böte den Regierungen Deutschlands und Österreichs im Übrigen die Chance, ihre bis dato verfehlte Migrationspolitik zu korrigieren. Denn die international präsenten Fachkräfte aus den Beitrittsländern positionieren sich jetzt mit langfristigen Konsequenzen neu. Sie waren zunächst überwiegend nach Irland und Großbritannien migriert, wo die Wirtschaftskrise zurzeit besonders stark spürbar ist. Auch die ökonomische Lage in den Herkunftsländern entwickelt sich derzeit problematisch. Bei offenen Grenzen hätten deutsche und österreichische Unternehmen also neue Optionen zur Personalgewinnung.

Nichts spricht für die fortgesetzte Einschränkung der Freizügigkeit in Deutschland und Österreich. Alles spricht für eine Öffnung des Arbeitsmarktes und für eine aktive Werbung um osteuropäische Fachkräfte. Die Europäische Kommission hat Recht: Die Politik Österreichs und Deutschlands nützt niemandem, schadet aber vielen.



Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
Redaktion: Mark Fallak, Holger Hinte  
Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 223  
Fax: +49 (0) 228 - 38 94 180  
E-Mail: compact@iza.org  
Internet: www.iza.org  
Grafiken/Fotos: IZA  
Druck: Güll GmbH, Lindau  
Layout: IZA